



Der Ausschuss Recht, Verfassung und Gleichstellung befasste sich am 22.03. mit §219a - dem Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche in einer öffentlichen Anhörung.



Am 28.03. fand der Girls' und Boys' Day statt. 17 Mädchen und Jungen konnten u.a. die Fraktion kennenlernen.



Am 04.04. lud die Fraktion zur Vernissage ein. Die Ausstellung „Querbeet“ kann bis Ende Mai besichtigt werden.



Die Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen stellte sich am 05.04. auf dem Domplatz vor.



Ausgabe 1/2019

EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON

SACHSEN-ANHALT

Pro Impfpflicht aber Rahmenbedingungen müssen stimmen



Tobias Krull
Sozialpolitischer Sprecher

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) machte auch in diesem Jahr im Rahmen der Europäischen Impfwache auf den Nutzen von Impfungen aufmerksam. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, **Tobias Krull**:

„Impfungen schützen Menschenleben. Daher kann sich die CDU-Landtagsfraktion eine Pflichtimpfung gegen Masern sehr gut vorstellen. Eine bundesweite Regelung würde an dieser Stelle einen Flickenteppich unterschiedlicher Landesregelungen verhindern. Zahlreiche Rahmenbedingungen sind allerdings mitzudenken. So muss es beim Besuch von Kindertagesstätten auch Ausnahmemöglichkeiten geben, weil das Kind zum Beispiel aufgrund von Vorerkrankungen nicht geimpft werden kann. Ein Ausschluss vom Besuch eines Kindergartens kann nur der letzte Schritt sein. Vorher müssen die Eltern, zum Beispiel durch die Verhängung entsprechender Ordnungsgelder, die Folgen ihres Fehlverhaltens deutlich zu spüren bekommen. Bei der zweiten Masernimpfung befinden sich die Kinder bereits zum Teil in der Grundschule. Hier ist rechtlich zu klären, wie die Schul- und die Impfpflicht miteinander zu vereinbaren sind.“

Gegen Masern muss ein einzelner Impfstoff zur Verfügung stehen. Derzeit wird eine kombinierte Impfung gegen Mumps-Masern-Röteln (MMR-Impfung) vorgenommen. Die Masern-Impfungsrate bei Kindern liegt in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt über der Grenze von 95 Prozent, die als notwendig für den sogenannten Herdenschutz gesehen wird. Das ist aber kein Grund zur Entwarnung. Wir plädieren für eine sachorientierte Debatte. Dazu gehört auch eine umfassende Informationspolitik zu den vielen Vorteilen und geringen Risiken bei Impfungen.“

Die Ausbreitung des Wolfes steuern



Bernhard Daldrup und Detlef Gürth stellen gemeinsam mit Prof. Michael Stubbe die Ergebnisse vor.

Die CDU-Fraktion führt ihre **Dialogoffensive** fort und befragte die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts zum Wolf. Die Bürgerumfrage soll eine Bestandsaufnahme sein und Grundlagen für eine - an den Interessen der Bürger ausgerichteten - parlamentarischen Arbeit bieten. Dazu wurde ein wissenschaftlich fundierter, bürgernaher Fragebogen erarbeitet, der die Haltung der Sachsen-Anhalter zum Wolf in einer **Online- und einer Repräsentativbefragung** abfragte. Bei der Online-Umfrage gab es mit rund 5.000 Teilnehmern eine sehr hohe Beteiligung aus mehreren Bundesländern. An der, von der dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH, repräsentativen Umfrage nahmen 1.003 Personen aus Sachsen-Anhalt teil.

Ziel der Umfrage war es, den gesellschaftlichen Stellenwert des Naturschutzes sowie den Umgang mit der Wiederkehr großer Raubtiere zu beleuchten.

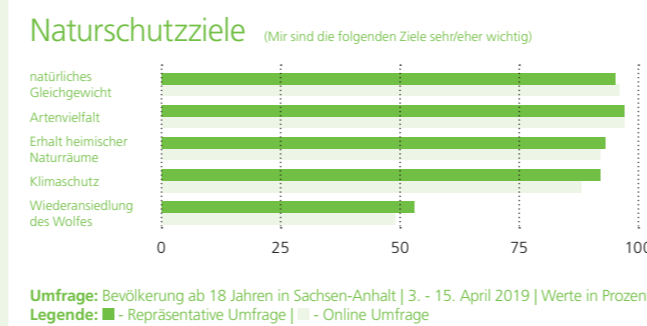
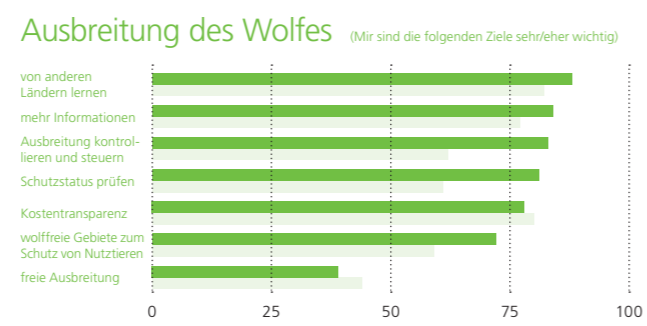
Detlef Gürth, Mitglied des Unterausschusses des Landtages und in der CDU-Landtagsfraktion für das Thema Wolf zuständig: „Die Schäden, die Kosten und die Sorgen der Betroffenen wachsen, während das Vertrauen in staatliches Handeln ebenso schwindet wie die Scheu des Wolfes vor Menschen. Wir wollen ein auf evidenzbasierter Wissenschaft begründetes Wolfsmanagement und mehr Transparenz. Nur so ist eine verantwortbare Koexistenz von Wolf und Mensch im dicht besiedelten Deutschland gestaltbar und akzeptabel.“

Bernhard Daldrup, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Mitglied der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten der CDU-Landtagsfraktion: „*Unser Naturhaushalt ist komplex, alles greift ineinander. Der Aufwand für Prävention, Monitoring und Schadensausgleich für nur eine Tierart, nämlich den Wolf, darf nicht weiter losgelöst von allen anderen wichtigen Themen der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik erfolgen. Die Folgeabschätzung ist überfällig.*“

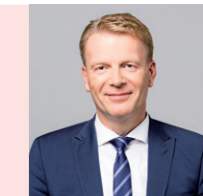
Fazit

- Die repräsentative Umfrage zum gesellschaftlichen Stellenwert von Naturschutz und Wolfswiederkehr in Deutschland hat die **zentralen Positionen der CDU-Landtagsfraktion überzeugend bestätigt.**
- **Verantwortliche Politik** nimmt die Bürger bei der Bewahrung und Fortentwicklung unserer Kulturlandschaften mit und grenzt sie nicht aus.
- Bei der **Wiederkehr der Wölfe** teilen über 80 Prozent der Befragten unsere Forderungen nach mehr Transparenz, einer Überprüfung des Schutzstatus des Wolfes sowie nach Kontrolle und Steuerung des Prozesses. Mehr als zwei Drittel der Befragten sprachen sich für wolfsfreie Gebiete aus.
- Die CDU-Landtagsfraktion wird den **Kurs einer versachlichten Information** der Bevölkerung fortführen.
- Der Wolf hat auch im dicht besiedelten Deutschland seinen Platz. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, Schäden zu begrenzen und Kontrollverlust zu vermeiden brauchen wir ein **naturschutzfachliches Wolfsmanagement und mehr Transparenz.**



Umfrage: Bevölkerung ab 18 Jahren in Sachsen-Anhalt | 3. - 15. April 2019 | Werte in Prozent
Legende: ■ - Repräsentative Umfrage | ■ - Online Umfrage

CDU-Fraktion schließt erstes Funkloch in Siptenfelde im Harz



Ulrich Thomas
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Nicht reden, sondern handeln!“, lautet das Motto der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt wenn es um den Mobilfunk im Land geht. Nachdem die CDU-Fraktion sich des Themas „Funklöcher“ angenommen hat, waren wir zunächst über die Resonanz erstaunt. Über unsere Webseite www.funklochfinder.de und über die gleichnamige App wurden mehr als 63.000 Meldungen registriert. Die unzähligen weißen Flecken – Orte mit schlechtem oder überhaupt keinem Mobilfunkempfang – sind nicht akzeptabel.

Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion einen Maßnahmenplan erarbeitet, um den Mobilfunk-Flickenteppich zu stopfen. Gemeinsam mit der Magdeburger Firma „**Funklochstopfer**“ hat die CDU-Landtagsfraktion nun eine Lösung für das Problem gefunden. Durch **mobile Sendecontainer** ist es innerhalb weniger Tage möglich, schnellen Mobilfunk in die Orte mit keinem oder schlechtem Empfang zu bringen. Der Trick dabei: Während stationäre Sendeanlagen zum Teil mehrere Jahre für die Genehmigung brauchen, können die mobilen Lösungen zeitnah und kostengünstig aufgebaut werden. Das bringt Bewegung in den Markt. Und natürlich haben wir ein großes Interesse, alle Bürgerinnen und Bürger unsers Landes mit zeitgemäßem Mobilfunk auszustatten.

Die CDU-Fraktion wird bereits für den kommenden **Doppelhaushalt** erhebliche finanzielle Mittel für den Ausbau des Mobilfunks in ganz Sachsen-Anhalt anmelden. Wenn der Landtag die Mittel bewilligt, kann es ab 1. Januar nächsten Jahres mit einem entsprechenden Programm losgehen.

Ein **Planungsbeschleunigungsgesetz** für den digitalen Ausbau ist ebenfalls eine Forderung der Fraktion. Dies muss auch eine klare Vorgehensweise in geschützten Gebieten wie Landschaftsschutzgebieten oder Natura 2000 enthalten. Für unterversorgte Gebiete soll **nationales Roaming** ermöglicht werden. Oftmals gibt es sogar Funkmasten vor Ort, die aber durch die Abschottung der Mobilfunkanbieter nicht für alle Nutzer verfügbar sind. **Unser Ziel ist die flächendeckende Mobilfunkversorgung im ganzen Land.** Nur durch eine Bündelung vieler Lösungsansätze kann dies erreicht werden.

Aktuell befindet sich die CDU-Fraktion auf einer **Demonstrationstour durch das Land**, um die Kommunen über die Möglichkeiten der mobilen Sendeanlagen zu informieren.



Angela Gorr Mdl., Markus Weise (Bürgermeister von Harzgerode), Ulrich Thomas Mdl., Steffen Bilger (Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur), Ralf Freywald (Firma Funklochstopfer), Sven Schulze MdEP und Heike Brehmer MdB stopfen das Funkloch in Siptenfelde/Harz.



Herausgeber:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden
Siegfried Borgwardt Mdl.
Vi.S.d.P.:
Steffen Eckold, Fraktionsgeschäftsführer
Sandra Hietel, Pressesprecherin
Stand: Mai 2019
Fotonachweis (allg.):
©CDU-Pressestelle | Portraitsbilder: Rayk Weber



Vom 13. bis 15.01.2019 kam die Fraktion zu ihrer traditionellen Winterklausur in Stolberg zusammen.



Am 17.01. stellte der Fraktionsvorsitzende Siegfried Borgwardt die Ergebnisse der Klausurtagung der Presse vor.



Am 19.01. fand der CDU-Neujahrsempfang in Brehna statt. Ein Highlight war der Tresentalk am Stahlresen.



Die AG Arbeit, Soziales und Integration empfing am 22.01. Vertreter der LIGA der freien Wohlfahrtspflege zum Meinungsaustausch.



Am 25.01. tagte der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zum Brexit.



Die AGen Wirtschaft und Umwelt informierten sich am 05.02. auf dem Schießplatz in Schönebeck u.a. zum Schalldämpfer.



Zu einem Gespräch zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes trafen sich die AGen Inneres und Sport sowie Wirtschaft am 26.02. mit Vertretern der Abwasserzweckverbände.

Stabilität, Investition und Nachhaltigkeit



Arbeitsgruppe Finanzen: Guido Heuer, Daniel Szarata (Vors.), Florian Philipp, Frank Bommersbach und Frank Scheurell

„Einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen bedeutet, die Ausgaben an die Finanzkraft des Landes anzupassen.“

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich Ende des Jahres 2018 hauptsächlich mit der Aufstellung des Haushaltes 2019 beschäftigt. Aufgrund sprudelnder Steuereinnahmen konnte die Koalition aus CDU, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN über einen 11,5 Milliarden schweren Haushalt verfügen. In diesem wurden in intensiven Beratungen Schwerpunkte der CDU-Fraktion durchgesetzt, um das bestmögliche Ergebnis für das Land und seine Bürger zu erreichen.

haltsaufstellungsverfahren durch das Ministerium der Finanzen, die jedes Ressort im Zuge der Anmeldungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 nicht überschreiten darf. Um dem CDU-Dreiklang aus „**Stabilität, Investition und Nachhaltigkeit**“ auch in schwierigen Zeiten weiterhin gerecht zu werden, hat die CDU-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

- In den Jahren 2020 und 2021 sind keine Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage für die Finanzierung konsumtiver Ausgaben vorzunehmen.
- Zuführungen an die Steuerschwankungsreserve sind bei Vorliegen einer positiven Mai-Steuerschätzung vorzusehen.
- Zuführungen an den Pensionsfonds und Schuldenabbau werden im Doppelhaushalt 2020/2021 im bisherigen Umfang fortgesetzt.
- Investitionsentscheidungen müssen unter Berücksichtigung nachvollziehbarer Kriterien und strategischer Ziele des Landes sowie deren Umsetzbarkeit getroffen werden.
- Mögliche Überschüsse im Haushaltsvollzug sind für die Tilgung von Altschulden und zur Rücklagenbildung zu verwenden.

Aufgrund stagnierender Steuereinnahmen und der sich ab 2020 verändernden Finanzstruktur der Bundesrepublik werden stetige Ausgabenerhöhungen im bisherigen Umgang nicht mehr fortgeführt werden können. Zum einen tritt ab 2020 die Schuldenbremse in Kraft, d.h. die Länder dürfen keine neuen Schulden mehr aufnehmen, und zum anderen wird die neue Bund-Länder-Finanzbeziehung ihre Wirkung zeigen.

Für die Aufstellung des **Doppelhaushaltes 2020/2021** bedeutet dies, dass die Ausgaben an die Finanzkraft des Landes angepasst werden müssen, um einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen. Der Haushaltsgesetzgeber wird gezwungen, politische Schwerpunkte zu setzen. Aus diesem Grund begrüßt die CDU-Fraktion die Einführung von Orientierungswerten für das Haus-

Die Mitglieder der AG Finanzen diskutieren auf der auswärtigen Sitzung u.a. Schwerpunkte des kommenden Haushalts.



Resolution für Investitionen in die Braunkohleregion



Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender

Die CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt traf sich am 6. März zu einem Auswärtigen Fraktionstag in Naumburg. Auf dem Programm standen Beratungen zu den Themen **Ausstieg** aus der **Braunkohleverstromung** sowie **Strukturwandel** und wirtschaftliche Neuausrichtung in der Region.

Die Kommission „**Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**“ empfiehlt in ihrem Abschlussbericht als Abschlussdatum für die Kohleverstromung das Ende des Jahres 2038. Sollte der Bund dieser Empfehlung der Kommission folgen, hat dies existenzielle Auswirkungen für das südliche Sachsen-Anhalt und das dortige Mitteldeutsche Revier. Gerade in diesem Gebiet insbesondere auch im Burgenlandkreis existiert heute eine große Zahl hochwertiger Industriearbeitsplätze im Bergbau, der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie sowie von mittelbar verbundenen Arbeitsplätzen.

Im Ergebnis der Gespräche mit Vertretern des Burgenlandkreises, Kreistagsabgeordneten und den Bürgern des Landkreises fasst der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Siegfried Borgwardt**, die Forderungen an den Bund wie folgt zusammen:

1. „Sofern der Empfehlung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gefolgt wird, sollte diese nur in ihrer Gesamtheit durch den Bund umgesetzt werden.

2. Die Finanzierung der Maßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels infolge des Ausstiegs darf nicht zulasten anderer strukturschwacher Regionen gehen, d. h. im Bundeshaushalt müssen zusätzliche Mittel für die Begleitung des Strukturwandels eingestellt werden.
3. Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird hierzu eine entsprechende Resolution vorbereiten und in der Fraktion beschließen.
4. Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird die hierfür eingerichtete Stabsstelle in der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die im Burgenlandkreis zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen, soweit es ihr in ihrem Zuständigkeitsbereich möglich ist.“



Die CDU-Fraktion wird eine **Resolution zum Strukturwandel** in den hiesigen Braunkohlegebieten vorbereiten und zeitnah in den Landtag einbringen. Ziel der Resolution ist, die Landesregierung aufzufordern, die Infrastruktur in den entsprechenden Gebieten auszubauen, den Tourismus bspw. im Bereich der Kulturdenkmäler zu stärken und die Wirtschaft, u. a. in Form von zukunftsgerichteten Arbeitsplätzen, zu fördern.

Die CDU-Fraktion begrüßt eine zentrale Steuerung und Bewirtschaftung der Zukunftsprojekte. Die Einrichtung einer Stabsstelle „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ durch die Landesregierung in der Staatskanzlei und dem Ministerium für Kultur sowie der Aufbau einer Stabsstelle im Burgenlandkreis bilden dabei einen wichtigen Baustein zur Bewältigung dieser Herausforderung.

CDU-Fraktion begrüßt Entscheidung des Bundesrates



Angela Gorr
Bildungspolitische
Sprecherin

Zur Zustimmung des Bundesrates zum Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung über den Digital-Pakt gibt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, **Angela Gorr**, folgendes Statement ab:

„Ich begrüße ausdrücklich die zustimmende Entscheidung des Bundesrates zum Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung über den Digital-Pakt. Damit wird der Weg geebnet, um die erforderlichen technischen wie auch die Lehr-Lern-Infrastrukturen an unseren Schulen zu etablieren, die nötig sind, um unseren Schülerinnen und Schülern ein modernes Lernumfeld zu bieten.“

Das Land wird einen Eigenanteil an der Gesamtsumme von 137,583 Mio. Euro von 10 Prozent erbringen müssen. Die Kommunen wiederum sind mit 90 Prozent am Landesanteil beteiligt. Dies ist aus meiner Sicht gut investiertes Geld. Zuwendungen können sowohl staatliche wie auch freie Schulen erhalten.

Ich warne aber davor, in dieser Maßnahme schon die Garantie für gute Schulleistungen zu sehen. Lernerfolg wird auch zukünftig von der Qualität des Unterrichts abhängen.“



CDU
CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Mit der Zustimmung des Bundesrates wird der Weg geebnet, um die erforderlichen technischen wie auch die Lehr- und Lern-Infrastrukturen an unseren Schulen zu etablieren, um unseren Schülerinnen und Schülern ein modernes Lernumfeld zu bieten.

Angela Gorr
Bildungspolitische Sprecherin